



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
16. Dezember 2013
Deutsch
Original: Englisch

Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 7083. Sitzung des Sicherheitsrats am 16. Dezember 2013 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes „Die Situation in Libyen“ im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

„Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens. Der Rat bekundet seine ernste Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage und die politischen Spaltungen, die den Übergang zu einer Demokratie, die den Bestrebungen des libyschen Volkes gerecht wird, zu untergraben drohen.

Der Sicherheitsrat bekundet dem Volk Libyens erneut seine Unterstützung und bestärkt es in seiner anhaltenden und festen Entschlossenheit zur Festigung der Demokratie und zur Errichtung eines stabilen und prosperierenden Staates auf der Grundlage der nationalen Aussöhnung, der Gerechtigkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Der Sicherheitsrat begrüßt die Anstrengungen der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Tarek Mitri, einen sinnvollen nationalen Dialog unter libyscher Führung in Libyen zu erleichtern, und befürwortet nachdrücklich weitere Fortschritte in dieser Hinsicht. Der Rat unterstreicht, wie wichtig ein einziger, alle Seiten einschließender nationaler Dialog ist, der einen Konsens über die Prioritäten für die Herbeiführung eines Übergangs zur Demokratie schaffen kann und durch den sichergestellt werden kann, dass alle in Libyen vertretenen Auffassungen gebührend berücksichtigt werden.

Der Sicherheitsrat bekundet den gewählten politischen Institutionen in Libyen erneut seine Unterstützung. Der Rat stellt fest, dass die Annahme einer Verfassung ein entscheidender Schritt sein wird, um den Rahmen für eine Zukunft Libyens in Sicherheit und Wohlstand zu schaffen, und betont, wie dringend und wichtig weitere Fortschritte in dem Verfassungsprozess sind.

Der Sicherheitsrat verurteilt mit Nachdruck die Tötung unbewaffneter Demonstranten am 15. November 2013 in Tripolis und betont, dass alle Parteien der Gewalt gegen Zivilpersonen abschwören und das Recht aller Libyer, sich friedlich zu versammeln, achten müssen. Der Rat vermerkt den Abzug einiger bewaffneter Gruppen aus Tripolis als positive Entwicklung, fordert jedoch gleichzeitig dringende Fortschritte in Richtung auf ein inklusives nationales Konzept für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ins Zivilleben oder die Eingliederung in die staatlichen Militär- und Sicherheitsinstitutionen. Der Rat legt der UNSMIL nahe, weiterhin



technische Beratung und Hilfe für die Anstrengungen Libyens auf dem Gebiet der Demobilisierung und Wiedereingliederung bereitzustellen.

Der Sicherheitsrat betont, dass die Militär- und Polizeiinstitutionen in Libyen dringend gestärkt werden müssen. Im Einklang mit den Bedürfnissen und Wünschen des libyschen Volkes unterstützt der Rat die Anstrengungen libyscher staatlicher Kräfte, die öffentliche Sicherheit in ganz Libyen wiederherzustellen und gegen die von extremistischen Gruppen begangene Gewalt, insbesondere in Bengasi und Derna, vorzugehen. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Anwendung von Gewalt gegen staatliche Institutionen seitens bewaffneter Gruppen, einschließlich der rechtswidrigen Inbesitznahme von Energieanlagen und des Schmuggels von natürlichen Ressourcen, fordert mit Nachdruck, dass die Kontrolle über alle Anlagen wieder den zuständigen Behörden übertragen wird, und begrüßt und befürwortet weitere Anstrengungen der libyschen Regierung, die Unterbrechungen der Energieausfuhren Libyens auf friedliche Weise beizulegen.

Der Sicherheitsrat bekundet seine Besorgnis über die von ungesicherten Rüstungsgütern und ungesicherter Munition in Libyen und ihrer Verbreitung ausgehende Bedrohung, die die Stabilität gefährdet, unter anderem durch die Weitergabe an terroristische und extremistische Gruppen, fordert die libysche Regierung auf, konkrete Maßnahmen zur Kontrolle der Bestände an Rüstungsgütern und Munition in Libyen zu ergreifen, indem sie für das ordnungsgemäße Management, die sichere Lagerung und gegebenenfalls die effektive Entsorgung der Rüstungsgüter und des sonstigen Wehrmaterials sorgt und die Grenzsicherung stärkt, und fordert in dieser Hinsicht die Nachbarstaaten nachdrücklich auf, mit den libyschen Behörden bei ihren Anstrengungen zur Sicherung der Grenzen des Landes zusammenzuarbeiten. Der Rat unterstützt größere internationale Anstrengungen und eine verstärkte Koordinierung seitens der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung diesbezüglicher Hilfe für die libysche Regierung.

Der Sicherheitsrat verurteilt die Fälle von Folter und Misshandlung und die Todesfälle infolge von Folter in illegalen Hafteinrichtungen in Libyen. Der Rat betont, dass Praktiken der Folter und der außergerichtlichen Tötung in Libyen nicht geduldet werden sollen. Der Rat bekundet seine ernste Besorgnis über die fortgesetzten willkürlichen Inhaftierungen Tausender, die ohne Zugang zu einem ordnungsgemäßen Verfahren außerhalb der Staatsgewalt festgehalten werden, und fordert erneut ihre sofortige Freilassung oder Überstellung an Hafteinrichtungen, die der Staatsgewalt unterstehen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat das kürzlich vom Allgemeinen Nationalkongress Libyens verkündete Gesetz über die Unrechtsaufarbeitung und befürwortet seine volle Umsetzung. Mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über alle Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche fordert der Rat die libyschen Behörden auf, alle derartigen Handlungen, einschließlich derjenigen, die an Kindern begangen wurden, zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen.

Der Sicherheitsrat fordert alle Parteien in Libyen auf, den demokratischen Übergang in Libyen zu unterstützen, einschließlich einer Einigung auf die unmittelbaren nächsten Schritte, und einen politischen Dialog aufzunehmen sowie Gewalt- und sonstige Handlungen, die die Stabilität des Staates gefährden, zu unterlassen.“
